

Ansprache von Herrn Bürgermeister Michael Schrenk anlässlich des Bürgerempfangs am 26.01.2020

Ich möchte nun zur Rubrik EINBLICK überleiten. Immer wenn in der Tageszeitung ein Bild von den Pfullinger Rathäusern zu sehen ist, liegt die Vermutung nahe, dass die Presse über irgendwelche Unstimmigkeiten berichten möchte. Durch scharf vorgetragene Kritik mit entsprechender Verstärkung in der Presse fällt der erste Dominostein immer recht schnell. Wenn andernorts eine Bürgermeisterkollegin oder ein Bürgermeisterkollege angegriffen werden, dann spricht man von Anstand und stellt die Frage, ob man so mit einem Bürgermeister umgeht. In Pfullingen entwickelt sich daraus nicht selten ein shitstorm.

Was ist eigentlich ein shitstorm? Shitstorm ist ein umgangssprachlicher Ausdruck für ein Phänomen in den sozialen Netzwerken, bei dem sich eine Person oder eine Institution eine begrenzte Zeit lang der geballten Kritik einer großen Menge Menschen ausgesetzt sieht. Im Regelfall werden die Äußerungen im Laufe der Zeit immer unsachlicher und kränkender, bevor die Kritikwelle schließlich aufhört. Ich sehe es so, dass Emotionen, Unsachlichkeit oder die Unkenntnis der Fakten immer schon schlechte Ratgeber waren. Viele der Personen, die sich an einem shitstorm beteiligen, haben mit den Betroffenen vermutlich noch nie zuvor über das jeweilige Thema gesprochen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Kritik an sich ist ja nichts Schlechtes. Wichtig ist dabei nur, dass die Kritik auch berechtigt ist. Fraglich ist in den meisten Fällen die Art und Weise, wie die Kritik vorgetragen wird.

Meinen weiteren Ausführungen möchte ich ein Zitat der bekannten Physikerin Marie Curie voranstellen:

Man merkt nie, was schon getan wurde, man sieht immer nur, was noch zu tun bleibt.

In einer Haushaltsrede wurde die Meinung geäußert, dass wir in Pfullingen weitgehend stehen geblieben seien. Diese Auffassung teile ich nicht. Wir haben in den letzten Jahren dringend notwendige Hausaufgaben erledigt. Wir haben die Grundlage geschaffen, dass wir im neuen Jahrzehnt durchstarten können. Wenn man Hausaufgaben macht, sitzt man im stillen Kämmerlein und kann nicht gleichzeitig im Rampenlicht stehen und sich bejubeln lassen.

Was in den letzten fünf Jahren neben dem Alltagsgeschäft zusätzlich noch von der Belegschaft geleistet wurde, möchte ich Ihnen gerne zeigen. Das waren unsere Hausaufgaben:

- Rückstände bei den Jahresrechnungen aufarbeiten
- Urlaubskonten in Ordnung bringen
- Stundenkonten in Ordnung bringen
- Stellenbeschreibungen und -bewertungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erstellen
- Neue Rathauseinheit am Marktplatz
- Renovierung Kämmerei/Kasse
- Überarbeitung der städtischen Homepage
- Organisationsuntersuchung Verwaltung (läuft)
- Organisationsuntersuchung Bauhof/Stadtwerke (steht an)
- Neue Dienstvereinbarung für Leistungsorientierte Bezahlung (steht an)
- Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik zum 01.01.2020
- ISEK-Prozess

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in den letzten Jahren Herausragendes geleistet. Sie haben ihren Job gemacht, zudem noch Rückstände aufgearbeitet sowie die Kolleginnen und Kollegen vertreten, wenn diese Resturlaub oder Stunden abgebaut haben. Das kann nur funktionieren, wenn die Motivation stimmt und wenn an einem Strang gezogen wird.

Ich möchte mich an dieser Stelle recht herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen besonderen Einsatz bedanken.

Dass bei einem Systemwechsel auch Reibung entstehen kann, ist wohl für jeden nachvollziehbar. Wir sind auch noch nicht ganz am Ziel. Wichtig ist jedoch, dass man immer folgendes im Blick hat:

Wo kommen wir her und wo möchten wir hin.

Unser Ziel ist eine moderne, leistungsorientierte Verwaltung. Um dies zu erreichen, haben wir die genannten Schritte in Angriff genommen. Und ich bin mir sicher, dass wir das Ziel nach Abschluss der Organisationsuntersuchungen auch zeitnah erreichen werden.

Ich möchte jetzt auf die Themen eingehen, die in den Reihen der Fraktionen für Unmut gesorgt haben.

- Ich sehe es auch so, dass es bei der Führung der Mitarbeiter noch Luft nach oben gibt. Und weil wir dies erkannt haben, machen wir die erwähnten Hausaufgaben und schaffen gerade Strukturen, damit die genannten Punkte verbessert werden können. Insbesondere die neue Dienstvereinbarung für Leistungsorientierte Bezahlung wird dazu führen, dass regelmäßig Gespräche zwischen den Mitarbeitern und deren direkten Vorgesetzten geführt werden.

- In Bezug auf die Unzufriedenheit der Beschäftigten danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der vom Personalrat initiierten Umfrage teilgenommen haben. Der Personalrat hat im Jahr 2019 eine Umfrage durchgeführt, die bereits im Jahr 2013 schon einmal in gleicher Form stattfand. Im Ergebnis war die Stimmung in den Rathäusern besser als im Jahr 2013. Ein Personalratsmitglied ging sogar noch einen Schritt weiter und hielt fest, dass die Umfrage zu Tage gebracht hat, dass die Stimmung nicht so schlecht sein kann, wie es ab und an behauptet wird. Das sind Fakten. Darauf können wir aufbauen.
- Im vergangenen Jahr durfte ich auffallend viele Kolleginnen und Kollegen in den wohlverdienten Ruhestand verabschieden. Diese Zahl wird auch in den nächsten Jahren relativ hoch sein. Allein daraus ergibt sich schon eine höhere Fluktuation als in den Jahren zuvor. Und ja, es haben auch Mitarbeiter gekündigt. Das kommt auch andernorts vor und ist natürlich bedauerlich. Aber so, wie wir unsere Meinung frei äußern dürfen, dürfen wir auch unseren Arbeitsplatz frei wählen.
Dass sich keine guten neuen Mitarbeiter bewerben, möchte ich bestreiten. Für mich im positiven Sinne erstaunlich ist der Umstand, dass sich eine Mitarbeiterin, die bei der Stadt gekündigt hatte, Monate später wieder bei uns beworben hat.
- Dass in den letzten Jahren manche Vorhaben nicht umgesetzt werden konnten, hat zahlreiche Gründe. Natürlich haben wir uns – wie andere Kommunen auch – schwergetan, die Stellen im technischen Bereich zu besetzen. Ich möchte aber auch an die Klemmengasse erinnern. Aufgrund der enorm hohen Submissionsergebnisse wurde die erste Ausschreibung aufgehoben. Im Jahr 2016 hat auch das Hochwasser bzw. der Starkregen der ein oder anderen Planung einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wir haben damals zum Beispiel in die Hohe Straße und in die Turnhalle des Gymnasiums investiert. Und auch rund um das Feuerwehrhaus wurden Schwerpunkte gesetzt.
- Auch die ISEK-Großprojekte haben wir auf dem Schirm. Auf Antrag der CDU-Fraktion wurde beschlossen, dass bis zum 30. Juni 2020 ein detaillierter Umsetzungs- und Finanzierungsplan vorgelegt werden soll. Das wird die Verwaltung so umsetzen.
Der Fahrplan für unser ISEK wurde vom Gemeinderat festgelegt und auch mehrfach angepasst. Um der Bürgerbeteiligung nicht vorzugreifen, wurden so gut wie alle spruchreifen Projekte vorübergehend geparkt. Ich darf darauf hinweisen, dass beispielsweise die Planungen für die Pfullinger Hallen oder die Schloßlesscheuer schon komplett vom Gemeinderat abgesegnet sind und nur noch auf den Baubeschluss warten.

Die Priorisierung der Großprojekte hat der Gemeinderat in seiner Klausurtagung im September vorgenommen. Dort haben es überraschenderweise Projekte ganz nach vorne geschafft, die bis dahin nicht unbedingt eine ganz große Rolle gespielt haben. Die Kunst lag darin, mehr Projekte nebeneinander im Haushalt abzubilden als zuvor angenommen. Es ist am Ende gelungen. Und nun können wir uns an die Umsetzung machen.

In der Berichterstattung über die Verabschiedung des Haushalts war auch folgendes zu lesen:

Gemeinderat und Verwaltungsspitze sitzen in einem Boot.

Diese Aussage stimmt natürlich. Aus meiner Sicht lassen sich unsere immer wieder kontrovers geführten Diskussionen auf ein unterschiedliches Rollenverständnis zurückführen. Die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg kennt zwei Organe: den Gemeinderat als Hauptorgan und Vertretung der Bürger sowie den Bürgermeister als weiteres Verwaltungsorgan. Diese Rangfolge bedeutet nicht, dass der Gemeinderat dem Bürgermeister übergeordnet ist – beide Organe sind vielmehr grundsätzlich voneinander unabhängig, mit eigenen gesetzlichen Zuständigkeiten. Die Zuständigkeiten zwischen dem Gemeinderat und dem Bürgermeister sind teils durch die Gemeindeordnung, teils durch andere Gesetze und teils durch die Hauptsatzung einer Kommune abgegrenzt.

Wenn diese Spielregeln eingehalten werden, ist die gute Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen schon einmal gelegt. Die Akteure, die in einem Boot sitzen, sind festgelegt. Der Bürgermeister ist auf 8 Jahre und die Gemeinderäte sind auf 5 Jahre gewählt. „Ins Wasser werfen“ geht nicht so einfach. Die Verwaltung leitet der Bürgermeister im Rahmen seiner festgelegten Zuständigkeiten. Das wird bei uns leider immer mal wieder in Frage gestellt. In den letzten 5 Jahren ist es oft vorgekommen, dass ich unangenehme Dinge angepackt und auch zu Ende gebracht habe. Einerseits stieß dies auf Verständnis – andererseits auch nicht. Man kann es als Bürgermeister halt nie allen recht machen.

Dieses Jahr werden es 30 Jahre, in denen ich im Öffentlichen Dienst tätig bin. 20 Jahre davon durfte ich Erfahrungen als Bürgermeister sammeln. Da war die ein oder andere schwierige Phase mit dabei. Was ich gelernt habe, ist, in solchen Zeiten ruhig und besonnen zu bleiben. Nicht der, der zuerst und am lautesten schreit, hat immer recht.

Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die mich in den letzten 5 Jahren unterstützt und immer wieder motiviert haben. Vor allem der Zuspruch in schweren Tagen hilft dabei, jeden Tag doch wieder gerne zur Arbeit zu gehen.

Betrachten wir nochmals unser Boot. Ich würde mir wünschen, dass unser Boot gleichmäßig im Wasser liegt. Es gibt einen Kapitän und alle rudern gleichmäßig in eine Richtung. Die Spielregeln – sprich die Rollenverteilung – wird akzeptiert. Die Mannschaft ist voller Tatendrang. Das Boot ist nicht nur auf dem heimischen Klostersee unterwegs, sondern begibt sich ab und an auch mal in neue Gewässer. Meutereien? - Braucht es nicht.

In den nächsten Jahren gibt es in Pfullingen wirklich viel zu tun. Lassen Sie uns gemeinsam in die richtige Richtung rudern – mit Anstand, Respekt und vielen guten Ideen für unsere Stadt Pfullingen an Bord!

Das Boot auf dem Bild ist übrigens nicht unser Boot!

Dass mein Wunsch nicht gleich in Erfüllung gehen wird, ist mir jedoch heute schon bewusst. Denn in der nächsten Sitzung am 11. Februar möchten die Gemeinderäte eine Änderung der Hauptsatzung herbeiführen. Die Gemeinderäte wollen einen Aufgabenbereich, den der Bürgermeister in seiner eigenen Zuständigkeit erledigt, abwerten. Vordergründig will man mich damit „ins Wasser werfen“. Bei genauerer Betrachtung schränkt dies aber den Handlungsspielraum der gesamten Verwaltung ein. Nachteile für die Stadt sind dabei nicht ausgeschlossen. Ob das der richtige Weg ist, überlasse ich Ihrer eigenen Einschätzung.

Ich möchte zum Ende kommen. Es gehört zum Amt des Bürgermeisters dazu, dass man bei seiner eigenen Freizeit Abstriche hinnimmt und dass die Familie meist auch zu kurz kommt. Leider ist man in Bezug auf die Meinungsäußerung anderer – und damit komme ich wieder auf das Wort shitstorm zurück - nur wenig geschützt. Gestern Vormittag habe ich unerwartet eine Nachricht erhalten, die ich Ihnen kurz vorlesen möchte:

„Lieber Herr Schrenk,
was passiert in einem Land wie Deutschland, in dem sich ein Bürgermeister zum Schutz seiner Familie bewaffnen möchte, in dem einer Amtsträgerin Nägel in die Autoreifen gedrückt werden? Was erodiert in einer Gesellschaft, in der Behördenmitarbeiter aufs Übelste beleidigt, mit dem Tod bedroht und mitunter sogar schwer verletzt werden?
Anton Bertele spricht von einer „grassierenden Seuche“ und meint damit den alltäglichen Hass, in dem der Bürgermeister von Illerkirchberg eine bedenkliche gesellschaftliche Entwicklung erkennt. Bertele hat deshalb genug und schmeißt hin.

Ein Team von Schwäbische.de hat sich bei Bürgermeistern in der Region umgehört, welche Erfahrungen sie gemacht haben und wie Beschimpfungen und Drohungen ihre alltägliche Arbeit und auch ihre Einstellung zum Beruf verändert haben.

Ich wünsche Ihnen ein friedliches Wochenende,
(unterzeichnet von) Michael Wollny, stellv. Leiter der Digitalredaktion“

Ja, so machen sich die einen Journalisten Gedanken über den Berufstand der Bürgermeister, andere wiederum legen in konkreten Fällen noch eine Schippe drauf.

Die beängstigende Entwicklung der letzten Jahre hat unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei seinem Neujahrsempfang aufgegriffen. Er sagte:

„Wir müssen unsere Stimme erheben, wann immer Menschen im öffentlichen Leben herabgewürdigt, beleidigt oder bespuckt werden.“

Mit diesem Appell möchte ich meinen Einblick abschließen und Ihnen fürs Zuhören danken.

Anmerkung:
Es gilt das gesprochene Wort.